„Das ist nicht mehr das eigene Leben, welches man lebt.“

Partizipative Studie zu der Akzeptanz der Unterkünfte und den Lebenslagen wohnungsloser Menschen in Hannover
(Erster Zwischenbericht)
von
armutstinkt.de

Autor*innen: Bauer, Markus – Claus, Katrin – Ehrenberg, Thomas – Eisele, Alexander – Fleischhauer, Axel – Fröhlich, Simon – Junk, Henner – Menzel, Stefanie – Schulz, Florian

Lektorat, Layout: Staack, Rieke

Veröffentlicht am 25.08.2020

Die Studie, der Fragebogen, die Verteilung der Lebenslagenpunkte, die Mehrheitsverteilungen und weitere Analysedaten stehen unter www.armutstinkt.de/forschung/ zum Download bereit.

Anregungen, Kritik, Kommentare etc. per E-Mail an info@armutstinkt.de.

Wir danken für die hilfreiche Unterstützung:







Inhalt

Zusammenfassung

Die vorliegende Studie wurde von einer Gruppe aus der Initiative *armutstinkt.de*, welche sich aus fünf Betroffenen von Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit[1] sowie vier Fachkräften der Sozialen Arbeit zusammensetzt, in einem konsequent partizipativen Prozess erstellt. *Konsequent partizipativ* meint, dass sowohl die Konzeption des Fragebogens als auch die Durchführung und Interpretation der Ergebnisse gemeinsam vorgenommen wurden. Alle einzelnen Textteile dieser Studie wurden von einem Zweiergespann geschrieben, bestehend aus einem erfahrenen Forschungsmitglied und einem Sozialarbeitenden aus dem Feld der Wohnungslosenhilfe. Aufgrund einer solchen Arbeitsweise konnten durch die Perspektivverschränkungen Ergebnisse zutage gefördert werden, die ohne das Praxiswissen der erfahrenen Forschungsmitglieder nicht zum Vorschein gekommen wären.

Im Rahmen dieser Studie wurde der Ansatz der Lebenslagenuntersuchung wohnungsloser Menschen von der Forschungsgruppe um Susanne Gerull (vgl. Gerull 2018) aufgegriffen und weiterentwickelt. Zwischen Dezember 2019 und Februar 2020 wurden Betroffene in Hannover zu ihrer Lebenslage und zu ihrer Zufriedenheit mit den Unterkünften des örtlichen Wohnungslosenhilfesystems befragt. 105 Fragebögen konnten für diese Studie ausgewertet werden.

Die Ergebnisse zeigen, dass sich 48 % der Befragten zum Zeitpunkt der Erhebung in einer unterdurchschnittlichen (schlechten bzw. sehr schlechten), 38 % in einer mittleren und lediglich 14 % in einer überdurchschnittlichen (guten bzw. sehr guten) Lebenslage befanden. Auffallend sind hier die Unterschiede zwischen der objektiven Lebenslage und der subjektiven Einschätzung der eigenen Lebenslage. Während sich objektiv 38 % der Befragten in einer unterdurchschnittlichen Lebenslage befanden, steigt dieser Wert bei Betrachtung der subjektiven Lebenslage auf 59 % an. Die Befragten fühlen sich demnach wesentlich belasteter, als sich aus den vermeintlich objektiven Parametern ablesen lässt. Diese Ergebnisse decken sich mit denen der angeführten Vergleichsstudie der Forschungsgruppe um Gerull (vgl. Gerull 2018, S. 15-16).

Das zentrale Ergebnis der vorliegenden Studie ist die große Unzufriedenheit der befragten Personen, die sich sowohl im Abschnitt der Lebenslagen (z. B. mit der derzeitigen Wohn- und

[1] Im Folgenden wird der Terminus „erfahrene Forschungsmitglieder" bzw. „Erfahrene" verwendet, um den speziellen Kompetenzen dieser Forschungsmitglieder gerecht zu werden und eine Abgrenzung zu den im allgemeinen als „Betroffene" bezeichneten Menschen deutlich zu machen.

Erwerbssituation) als auch im Abschnitt zu den Unterkünften (z. B. mit den hygienischen Zuständen innerhalb der Unterkünfte oder den Umgangsformen des Sicherheitspersonals) zeigt. Bei der Betrachtung im Einzelnen erscheint diese Unzufriedenheit als absolut nachvollziehbar. So ergab die Studie unter anderem, dass die Befragten einer massiven Bedrohungslage ausgesetzt sind und Gewalt eine prägende Konstante des Alltages vieler ist. Auch bleibt vielen Betroffenen der Zugang zur medizinischen Regelversorgung trotz Krankenversicherung aus verschiedenen Gründen verwehrt.

Zudem wurde das Wirken der Sozialarbeitenden in den verschiedenen Unterkünften äußerst kritisch bewertet. Lediglich 25,4 % der Befragten gaben an, dass sie die fachliche Unterstützung der Sozialarbeitenden als hilfreich empfänden. Diese Erkenntnis gewinnt an zusätzlicher Relevanz, wenn die Ergebnisse der statistischen Analyse berücksichtigt werden. Die Hauptkomponentenanalyse ergab für den Abschnitt der Studie zu den Unterkünften, dass die soziale Infrastruktur[2] sehr entscheidenden Einfluss auf die Zufriedenheit mit den Unterkünften hat. Die Akzeptanzprobleme der aktuellen Unterbringungsformen reichen sogar soweit, dass nicht wenige Betroffene lieber in der Obdachlosigkeit verbleiben, als diese Unterbringungen in Anspruch zu nehmen.

Die zentrale Forderung der Studie, die sich für die Forschungsgruppe aus den Ergebnissen ableitet, ist, dass es ein Grundrecht auf Wohnen geben muss. Dies impliziert die Forderung, dass das präventive Netz gestärkt werden muss, um neue Wohnungslosigkeit zu verhindern. Des Weiteren ist es unbedingt notwendig die Standards innerhalb der Unterkünfte anzuheben und die Unterkünfte fachlich so auszurichten, dass sie lediglich als Übergangslösung fungieren. Alle Betroffenen sollten zudem in für sie angemessene Wohnformen vermittelt werden. Dafür muss dringend entsprechender Wohnraum zur Verfügung gestellt werden.

Es gilt zu betonen, dass sich die Forschungsgruppe zwar entschlossen hat, sich mit einer tiefgreifenden Reform des Notunterkunftssystems auseinanderzusetzen, doch ist dies lediglich der Tatsache geschuldet, dass es kurzfristig vermutlich nicht ausreichend adäquaten Wohnraum für alle Betroffenen geben wird, die Menschen in den Unterkünften aber schnell erträglichere Lösungen brauchen. Langfristig muss es das Ziel sein, Unterkünfte im herkömmlichen Sinn überflüssig zu machen.

[2] Dieser Hauptkomponente wurden die Kompetenz, Erreichbarkeit und Umgangsformen der Sozialarbeitenden, die Umgangsformen des Sicherheitspersonals sowie die allgemeinen Mitbestimmungsmöglichkeiten innerhalb der Einrichtungen zugeordnet.

1 Einleitung

Im September 2019 kamen wir – zu dem Zeitpunkt eine Gruppe von vier Studierenden der Sozialen Arbeit sowie drei erfahrenen Forschungsmitgliedern[3], inzwischen vier Fachkräften[4], und fünf Erfahrenen – zu einem partizipativen Forschungsprojekt zusammen. In Anlehnung an die „1. systematische Lebenslagenuntersuchung wohnungsloser Menschen“ der Forschungsgruppe um Susanne Gerull (vgl. Gerull 2018), wollten wir die Lebenslagen wohnungsloser Menschen in Hannover erheben. Besonderes Augenmerk lag dabei auf der Gruppe der Menschen ohne jedes Obdach.

Zudem sollten im Rahmen dieses Forschungsprojektes die Akzeptanzprobleme der Unterkünfte der Wohnungslosenhilfe in Hannover untersucht werden. Unsere Annahme war, dass die eingeleiteten Maßnahmen der Stadt (vgl. Hannover 2019 und HAZ 2019) zur Verbesserung der Akzeptanz am Kern des Problems vorbeigingen. Aufgrund dieser Maßnahmen gab es zwar leichte Verbesserungen in der materiellen Ausstattung der Unterkünfte, doch vermuteten wir in den Bereichen Privatsphäre, Mitbestimmung in den Einrichtungen sowie Verbesserung des Zugangs zu Sozialarbeitenden keine merklichen Veränderungen.

Zentral war unser Ansatz der durchgängig und konsequent partizipativen Ausgestaltung des Forschungsprojektes. Alle Projektphasen wurden gemeinsam und auf Augenhöhe von den erfahrenen Forschungsmitgliedern sowie den Fachkräften geplant und durchgeführt. So war es möglich, insbesondere der Betroffenen-Perspektive Raum zu geben und zudem, durch den diskursiven Auswertungsprozess mit Perspektivverschränkungen von erfahrenen Forschungsmitgliedern und Fachkräften, lebensweltnahe Ergebnisse zu generieren.

Bei der Frage, wie die Daten erhoben werden sollten, fiel unser Entschluss auf eine zweiteilige Erhebung. Die Informationen wurden zum einen durch eine Umfrage zu den Lebenslagen der wohnungslosen Menschen in Hannover und zur Zufriedenheit mit den Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe gesammelt. Das zweite wesentliche Element des Forschungsprojekts bildete eine öffentliche Veranstaltung für Betroffene, in dessen Zentrum ein Workshop nach der „World-Café“-Methode durchgeführt wurde, um qualitative

[3] Wie bereits in der Zusammenfassung dieser Arbeit beschrieben, wird der Terminus „erfahrene Forschungsmitglieder“ bzw. „Erfahrene“ verwendet, um den speziellen Kompetenzen dieser Forschungsmitglieder gerecht zu werden und eine Abgrenzung zu den im allgemeinen als „Betroffene“ bezeichneten Menschen deutlich zu machen.

[4] Bei den Fachkräften handelt es sich um vier Sozialarbeitende aus dem Bereich der Wohnungslosenhilfe.

Ergebnisse erzielen zu können. Die Resultate aus dem World-Café werden in den Abschlussbericht dieser Studie mit einfließen.

Mitten im Auswertungsprozess kam es zu Verwerfungen durch die Corona-Pandemie. Die Umsetzung der umfangreichen Schutzmaßnahmen führte zu einem weitgehenden Shutdown des Hilfesystems und rückte so die Probleme in diesem Bereich besonders in den Fokus. Es gab aber auch Bestrebungen der Stadt die größte Not der Menschen durch zentrale Angebote zu lindern. Neben einer zeitweisen (de-)zentralen Essensausgabe, kam es im Weiteren zur Möglichkeit der Unterbringung in der Jugendherberge Hannover sowie in Hotels, die mehr als 150 Menschen zurzeit in Anspruch nehmen oder genommen haben. Die Jugendherberge ist mittlerweile wieder ihrer eigentlichen Bestimmung übergeben worden und die zuletzt noch 66 dort lebenden Menschen konnten im letzten Moment in einem Hotel sowie einem Gästehaus untergebracht werden.

Die Gelegenheit, die durch die Corona-Pandemie bedingten besonderen Umstände zu untersuchen, wollte sich die Forschungsgruppe nicht entgehen lassen. Daher fiel der Entschluss, dieselbe Umfrage erneut bei den in Herberge und Hotels untergebrachten Menschen durchzuführen, um hier gegebenenfalls eine Lebenslagenverbesserung nachweisen zu können.

Mit dieser Arbeit legen wir nun einen ersten Zwischenbericht vor, um den Stand vor der Corona-Pandemie zu dokumentieren. Zurzeit wird die zweite Fragebogen-Erhebung durchgeführt, die sich in einem weiteren Zwischenbericht niederschlagen wird. Letztlich werden wir beide Erhebungen, zusammen mit den qualitativen Ergebnissen der World-Café-Methode in einem abschließenden Forschungsbericht zusammenführen. Wir hoffen, damit einen Beitrag zu einer bedarfsgerechteren Verbesserung der Situation der von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen in Hannover – über die Zeit der Corona-Pandemie hinaus – leisten zu können.

2 Methodisches Vorgehen

Zentrale methodische Grundlage dieses Forschungsprojektes ist der konsequent partizipative Anspruch aller Beteiligten. *Konsequent partizipativ* meint, dass hier der gesamte Forschungsprozess von erfahrenen Forschungsmitgliedern und Fachkräften gemeinsam konzeptioniert, durchgeführt und interpretiert wurde und in einem diskursiven Prozess entsprechende Schlussfolgerungen gezogen sowie Forderungen erhoben wurden.

Diese Forschungsmethode wurde zuletzt von der Forschungsgruppe um Hella von Unger (vgl. Unger 2014) für den deutschsprachigen Raum aufgearbeitet.
Darüber hinaus wurde die hier vorgelegte Arbeit in ihren einzelnen Bestandteilen im Tandem-Prinzip mit je einem erfahrenen Forschungsmitglied sowie einem Sozialarbeitenden verfasst und die Ergebnisse anschließend in der Gruppe diskutiert und ggf. angepasst. Die Zielsetzung dieses Forschungsstils ist zweiteilig. Es sollen zum einen differenziertere Wissensbestände generiert werden, als es die klassische Forschung mit ihrer „Objektivierung der Subjekte" leisten könnte. Dies wird mit dem durchgängig diskursiven Prozess zwischen den Fachkräften und den erfahrenen Forschungsmitgliedern erreicht. Durch das Einbringen der Perspektive und Expertise der erfahrenen Forschungsmitglieder während des gesamten Prozesses entsteht ein Praxiswissen, welches auf herkömmliche Art nicht zu explorieren ist. Zum anderen soll die Forschung nicht nur einem Selbstzweck dienen, sondern direkt in die Lebenswelten wirken und die Betroffenen auf diese Weise empowern. Ähnlich wie beim Ansatz der Interventionsforschung (vgl. Lerchster 2012, S. 23-73), geht es hierbei um Selbstermächtigung durch Selbstreflexion, jedoch erweitert um die Aktion und einen Kompetenzerwerb der Betroffenen.

2.1 Die zwei Teilbereiche des Fragebogens

Methodisch ist der von der Forschungsgruppe entwickelte Fragebogen zweigeteilt zu betrachten. Der erste Teil beinhaltet Fragen zur Lebenslage der Teilnehmenden, der zweite Fragen zu den Unterkünften. Im Folgenden wird die Konzeption der beiden Bestandteile näher erläutert.

2.1.1 Fragen zu den Lebenslagen

Für den ersten Teil des Fragebogens wurden Methodik und Fragen der Forschungsgruppe um Susanne Gerull (vgl. Gerull 2018, S. 8-12) größtenteils übernommen. Sowohl die Wahl der abzufragenden Lebensbereiche als auch die Wahl der Lebenslage als ermittelbare Größe fanden in unserer Forschungsgruppe direkt Anklang. Die Lebenslage sollte auf dieselbe Weise wie in der Erhebung der Forschungsgruppe um Gerull ermittelt werden, um eine Vergleichbarkeit mit der bundesweiten Studie zu haben. Die abgefragten Bereiche sind: Wirtschaftliche Situation – Erwerbssituation – Wohnsituation – Gesundheit – Sicherheit – Soziales Netzwerk.

Der sogenannte Lebenslagenindex ist ein System, um die Kombination von objektiven Bedingungen und subjektiven Einschätzungen zu jeweils ausgewählten Lebensbereichen in einer messbaren Größe fassbar zu machen. Hierzu werden zu jedem Lebensbereich jeweils eine objektivierbare Frage gestellt und eine subjektive Einschätzung des abgefragten Lebensbereichs erhoben. Den jeweiligen Antwortmöglichkeiten wird ein bestimmter Wert zugeschrieben. Die objektivierbaren Fragen sind konkrete Fragen mit eindeutigen Antwortmöglichkeiten, die subjektive Einschätzung wurde jeweils mit einer 5er-Likertskala (vgl. Gerull 2018, S. 8) abgefragt, die bereits eine Rangfolge impliziert. Je besser die Antwort, desto höher die zu erreichende Punktzahl. Bei den objektivierbaren Fragen waren jeweils 6 Punkte zu erreichen, bei den subjektiven Einschätzungen 4 Punkte. Für die sechs Lebensbereiche ergeben sich also insgesamt 60 erreichbare Punkte. Die Klassifizierung wurde in die folgenden fünf Bereiche festgelegt:

0-12 Punkte: Sehr schlechte Lebenslage
13-24 Punkte: Schlechte Lebenslage
25-36 Punkte: Mittlere Lebenslage
37-48 Punkte: Gute Lebenslage
49-60 Punkte: Sehr gute Lebenslage

Zu den durch die Lebenslagenerhebung vorgegebenen Fragen fügten wir noch weitere hinzu, die sich im diskursiven Entwicklungsprozess des Fragebogens ergeben hatten. Diese flossen jedoch nicht mit in die Berechnung des Lebenslagenindexes ein.

Die Lebenslagenfragen waren im Fragebogen[5] grau markiert und es wurde ausdrücklich um deren Beantwortung gebeten. Nicht oder nicht vollständig ausgefüllte Lebenslagenfragen wurden bei der anschließenden Auswertung nicht berücksichtigt. An den Fragen selbst wurden leichte Modifikationen bei den Antwortmöglichkeiten vorgenommen, da die Umfrage insbesondere obdachlosen Menschen ohne jede Unterkunft gerecht werden sollte. So wurde z. B. im Bereich *Wohnen* die Antwortmöglichkeit „Zelt, Wohnmobil, Abrisshaus, Biwak o. ä.“ hinzugefügt und ebenso mit einem Punkt bewertet, wie die Antwort „Notunterkunft“. Dies erschien uns sinnvoll, da beide Übernachtungsmöglichkeiten besser sind, als „auf der Straße“ zu leben (0 Punkte) und beide jeweils ihre Vor- und Nachteile haben. Im Bereich *Erwerbssituation* wurden die Antwortmöglichkeiten „Ich schlage mich so

[5] Der Fragebogen, die Mehrheitsverteilungen sowie die Verteilung der Lebenslagenpunkte sind unter armutstinkt.de/forschung/ einzusehen.

durch (Flaschen sammeln, Schnorren etc.)“ (0 Punkte) und „Ich bin ehrenamtlich tätig“ (1 Punkt) hinzugefügt. Mit dieser Ergänzung sollten auch derartige Tätigkeiten ihre Wertschätzung finden. Zudem insistierten einige Forschungsmitglieder darauf, dass eine ehrenamtliche Tätigkeit durchaus Perspektiven für Anschlussmöglichkeiten an den ersten oder zweiten Arbeitsmarkt bieten kann.

Die Punktevergabe ist auf der Website armutstinkt.de dokumentiert[6]. Die Entscheidung zur Übernahme der Fragen und Methodik der Forschungsgruppe um Gerull erscheint uns auch im Nachhinein noch sinnvoll, da so eine bundesweite Vergleichbarkeit gegeben ist. Zudem zeigen die Ergebnisse z. B., dass unsere Erhebung mit rund 27,6 % obdachlosen Menschen ohne jeden Wohnraum deutlich schlechtere Lebenslagen aufweist, als die Vergleichsstudie mit 14,1 % obdachlosen Menschen ohne jeden Wohnraum (vgl. Gerull 2018, S. 40). Dies mag zwar trivial klingen, kann hier aber mit Zahlen belegt werden und weist auf die Dringlichkeit hin, ausreichend adäquaten Wohnraum zu schaffen und bis dahin behelfsweise die Akzeptanzprobleme der Einrichtungen zu beheben. Unsere ergänzenden Fragen führten ebenso zu interessanten Ergebnissen aus lebensweltlicher Perspektive der Befragten, wie z. B. die Frage danach, ob die sozialen Kontakte sich nur auf „die Szene“ beschränken oder darüber hinausgehen, oder die Frage, warum Menschen die medizinische Regelversorgung nicht in Anspruch nehmen, obwohl sie krankenversichert sind.

2.1.2 Fragen zu den Unterkünften

Der zweite Teil des Fragebogens zu den Unterkünften ist in einem diskursiven Prozess entstanden, mit der Fragestellung nach möglichen Kriterien für die Bewertung von Unterkünften und der Aussagekraft möglicher Antworten. Nach den gesammelten Erfahrungen mit dem Lebenslagenindex wurde in der Gruppe zudem überlegt, ob ein Klassifizierungssystem für Einrichtungen entwickelt werden sollte. Dies wurde aber wieder verworfen, weil es den Rahmen des Projektes gesprengt hätte. Hier könnte eine weitere Studie folgen, um diese Lücke zu schließen.

[6] armutstinkt.de/forschung/

2.2 Statistik

Während die Fragen in einem diskursiven Prozess entwickelt wurden, fand die Auswertung des Fragebogens mittels des Statistikprogramms SPSS 26.0 nach strengen statistischen Standards statt. Die Ergebnisse wurden sowohl uni- als auch multivariaten Datenanalysen unterzogen und so einer Interpretation zugänglich gemacht. Um die wesentlichen Einflussfaktoren auf die Lebenslage und die Unterkunftssituation der Befragten herauszuarbeiten, wurden zwei sogenannte Hauptkomponentenanalysen durchgeführt. Eine Hauptkomponentenanalyse ist ein mathematisches Verfahren, welches die Datenmenge reduziert und Hypothesen (Hauptkomponenten) generiert. Bei diesem Verfahren werden die verschiedenen Variablen auf wenige unabhängige Einflussgrößen zusammengefasst (Bühl/Zöfel 2000, S. 414). Ziel bei der Hauptkomponentenanalyse ist es, diejenigen Faktoren zu ermitteln, welche die beobachteten Zusammenhänge möglichst vollständig erklären (ebd.).

3 Die Stichprobe

Die diesem Zwischenbericht zugrundeliegenden Daten wurden im Zeitraum vom 14.12.2019 - 14.02.2020 erhoben. Insgesamt gab es einen Rücklauf von 118 Fragebögen. Davon konnten 6 Fragebögen nicht ausgewertet werden, weil sie entweder nicht oder nur rudimentär ausgefüllt worden waren. 7 Fragebögen wurden von Menschen ausgefüllt, die über eine Wohnung mit eigenem Mietvertrag verfügen. Da sie nicht zur Zielgruppe dieser Studie gehören, wurden sie aus den Berechnungen ausgeschlossen. Demnach bleibt eine Fallzahl von 105.

Die Daten wurden in SPSS 26.0 eingepflegt und für die Zwecke unserer Studie aufbereitet. Hierzu wurden einfache Häufigkeitsverteilungen errechnet, Korrelationsanalysen erstellt und zwei Hauptkomponentenanalysen für die Bereiche *Lebenslagen* sowie *Zufriedenheit mit den Unterkünften* mit dem Statistikprogramm durchgeführt. Zudem wurden die Handeinträge zu der Frage, warum Menschen nicht in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe leben, in einem diskursiven Prozess kategorisiert.

Eine Repräsentativität kann nur auf Grundlage von Schätzungen begründet werden, da es keine validen Daten über das tatsächliche Ausmaß der Wohnungs- und Obdachlosigkeit gibt. Die verbreiteten Zahlen zu Betroffenen beruhen auf Schätzungen, für das Bundesgebiet werden diese von der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V., kurz BAGW,

erstellt (vgl. BAGW 2018). Diese Schätzungen sind in Geschlecht, Alter und Herkunft differenziert und können so als Anhaltspunkt dienen, um unsere Stichprobe auf die Vergleichbarkeit der Zusammensetzung hin zu prüfen. Auch für Hannover existieren lediglich grobe Schätzungen (vgl. Hannover 2019), die hier als Grundlage verwendet werden. Daher können wir uns einer Validität unserer Daten nur über eine Kombination und einen Vergleich mit den Schätzungen nähern. Mit dieser Grundlage zeigt sich jedoch, dass sich die Zusammensetzung unserer Stichprobe zu großen Teilen im Schnitt der Schätzungen bewegt.

Der Anteil der wohnungslosen Frauen liegt bundesweit bei 27 %, in unserer Stichprobe sind es 24,5 % der Befragten. Bundesweit sind schätzungsweise rund 17 % nichtdeutsche EU-Bürger*innen von Wohnungslosigkeit betroffen, in unserer Stichprobe sind es 23,3 %. Kinder sowie minderjährige, junge Erwachsene konnten wir nicht erreichen, deren Anteil bundesweit bei 8 % liegt. Werden die Ergebnisse der Lebenslagenstudie von Gerull (vgl. Gerull 2018, S. 13) hinzugezogen, verdichtet sich das Bild einer validen Stichprobe. Geschlecht und Staatsangehörigkeit sind hier ebenso vergleichbar. Und auch die Altersverteilung der Befragten deckt sich weitestgehend mit den Ergebnissen der Studie Gerulls. So sind bei Gerull 13 % der Befragten unter 27 Jahre, 66 % zwischen 30 und 59 Jahre und 15 % sind 60 Jahre oder älter. In unserer Stichprobe sind 9,6 % unter 27 Jahre, 70,5 % sind zwischen 30 und 59 Jahre und 11,5 % sind 60 Jahre oder älter. Aufgrund der Kombination dieser beiden Grundlagen ist unsere Stichprobe aussagekräftig.

Für Hannover wird geschätzt (vgl. Hannover 2019), dass etwa 4.000 Menschen wohnungslos sind, von denen ca. 1.200 in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe leben. Rund 400 Menschen sind den Schätzungen zufolge obdachlos ohne jede Unterkunft. Von Menschen, die in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe leben, konnten wir 61 Personen erreichen, was einer Quote von 5,1 % entspricht. Von den obdachlosen Menschen ohne jede Unterkunft haben wir 29 Personen erreicht, was einer Quote von 7,3 % entspricht und somit als aussagekräftig eingestuft werden kann.

4 Mehrheitsverteilungen Lebenslage und Unterkunft

Im Folgenden werden die Mehrheitsverteilungen ausgewählter Fragen unseres Fragebogens aufgezeigt. Aufgrund der Aufteilung des Fragebogens in zwei Themenblöcke – *Lebenslage* und *Zufriedenheit mit den Unterkünften* – werden auch die Mehrheitsverteilungen in zwei separaten Unterkapiteln dargestellt.

4.1 Mehrheitsverteilung Lebenslage

Die Wohnsituation der Befragten setzt sich wie folgt zusammen:

Wo wohnen bzw. übernachten Sie derzeit hauptsächlich?

	Anzahl	Prozente
Auf der Straße	21	20 %
Zelt, Wohnmobil, Abrisshaus, Biwak o. Ä.	8	7,6 %
Notunterkunft (nur Nachts geöffnete)	25	23,8 %
Ohne Untermietvertrag bei Freund*innen/ Bekannten	15	14,3 %
Wohnheim, Hostel, Pension/ Hotel (auch ordnungsrechtliche Unterkunft)	29	27,6 %
Betreutes Wohnen, station. Wohnen	5	4,8 %
Betreute Wohngemeinschaft	1	1 %
Betreutes Einzelwohnen	1	1 %
Gesamt	105	100 %

Demnach lebten von den Befragten zum Zeitpunkt der Erhebung beachtliche 20 % auf der Straße, 7,6 % in einem Zelt, Wohnmobil, Biwak o. ä. und 14,3 % ohne Untermietvertrag bei Freund*innen oder Bekannten. Ferner übernachteten 23,8 % der Befragten in nur nachts geöffneten Notschlafstellen, 27,6 % lebten in einem Wohnheim, Hostel oder einer ordnungsrechtlichen Unterkunft und insgesamt 6,8 % in einem betreuten oder stationären Wohn- oder Einzelwohnverhältnis. Anhand dieser Daten haben wir die Stichprobe im Weiteren nach den Unterbringungsformen *Obdachlos*, *Notunterkunft* und *Wohnungslos* gegliedert.

In Bezug auf die Zufriedenheit der Teilnehmenden mit ihrer derzeitigen Wohnsituation zeigte sich ein deutlicher Optimierungsbedarf. Anhand der von uns erhobenen Daten lässt sich festhalten, dass ca. zwei Drittel (68,3 %) der Befragten entweder *unzufrieden* (10,6 %) oder sogar *gar nicht zufrieden* (57,7 %) mit ihrer aktuellen Wohnsituation sind.

Die Äußerungen zum Gesundheitszustand ergaben ein gemischtes Ergebnis. Auf einer 5er-Likertskala von *sehr gut* bis *sehr schlecht* schätzten 27,6 % der Befragten ihren derzeitigen Gesundheitszustand als *gut* (16,2 %) bzw. *sehr gut* (11,4 %) ein, 30,5 % setzten ihr Kreuz mittig und 41,9 % bezeichneten ihren Gesundheitszustand als *schlecht* (17,1 %) oder sogar *sehr schlecht* (24,8 %). Beachtliche 38,9 % der Befragten gaben zudem an, dass sich ihre gesundheitlichen Probleme durch die Obdachlosigkeit verschlimmert haben.

Bei der Frage nach der Erwerbssituation der Befragten waren Mehrfachnennungen möglich. Die Ergebnisse stellten sich wie folgt dar: 53,3 % der Personen setzten ihr Kreuz bei „Ich schlage mich so durch (Flaschen sammeln, Schnorren etc.)“, 45,7 % der Befragten gaben an erwerbslos zu sein, 11,4 % üben ein Ehrenamt aus, weitere 11,4 % beziehen eine Rente. Es stellte sich heraus, dass die Befragten mit ihrer aktuellen Erwerbssituation derzeit zum überwiegenden Teil *unzufrieden* sind. 52,5 % gaben sogar an, dass sie *gar nicht zufrieden* sind.

Die Antworten bezüglich einer Suchterkrankung lieferten folgende Ergebnisse: 41,9 % der Befragten gaben an, an einer Suchterkrankung zu leiden, dabei sind 31,4 % der Teilnehmenden von einer stoffgebundenen und 10,5 % von einer nicht stoffgebundenen Suchterkrankung betroffen. Zudem gaben 45,5 % der von einer Suchterkrankung betroffenen Personen an, dass sich durch die Obdachlosigkeit ihre Suchterkrankung verschlimmert habe. 25 % der Suchterkrankten sagten aus, dass die Obdachlosigkeit ursächlich für ihre Suchterkrankung gewesen sei.

Auffallend negativ waren die Verteilungen bei den Fragen, welche die objektive und gefühlte Sicherheitslage der Befragten betrafen. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten gab an, dass sie sich in ihrer aktuellen Lage *unsicher* (15,2 %) oder *sehr unsicher* (37,1 %) fühlten. 32,4 % der Befragten erlebten mindestens wöchentlich bedrohliche Situationen in ihrem Alltag innerhalb der letzten sechs Monate. Bei der Frage, wie sich diese bedrohlichen Situationen in diesem Zeitraum äußerten, gaben 14,9 % der Befragten an, dass sie Opfer einer versuchten Tötung geworden seien, über zwei Drittel (68,9 %) erlebten herablassendes Verhalten, 39,2 % waren Opfer psychischer Gewalt und 27 % waren von Vertreibungen betroffen. Bei dieser Frage waren ebenfalls Mehrfachnennungen möglich.

Des Weiteren wurde die Frage gestellt, wie sich die Lebenssituation der Teilnehmenden in einem Jahr entwickelt haben wird. Hier gingen 30,1 % davon aus, dass sich die Situation verbessert haben wird, 24,3 % erwarteten eine Stagnation und 19,4 % prognostizierten eine Verschlechterung. Auffallend bei dieser Frage war, dass 26,2 % gar keine Angaben zu ihrer Prognose machten.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Lebenslagen (allgemeine, objektive und subjektive) dargestellt.

Allgemeine Lebenslage

	Anzahl	Prozente
Sehr schlechte Lebenslage	15	15 %
Schlechte Lebenslage	33	33 %
Mittlere Lebenslage	38	38 %
Gute Lebenslage	13	13 %
Sehr gute Lebenslage	1	1 %
Gesamt	100	100 %

Demnach befanden sich 48 % der Befragten in einer unterdurchschnittlichen Lebenslage, 38 % in einer mittleren und lediglich 14 % in einer überdurchschnittlichen Lebenslage. Die Teilnehmenden zeigten sich also im Durchschnitt in einer schlechteren Lebenslage, als die Teilnehmenden der Lebenslagenstudie Gerulls. Dort befanden sich nur 28 % der Befragten in einer unterdurchschnittlichen Lebenslage, 52,2 % in einer mittleren und 19,7 % in einer überdurchschnittlichen Lebenslage (vgl. Gerull 2018, S. 13-14). Diese Diskrepanz lässt sich durch die verschiedenen Lebensumstände der Teilnehmenden erklären. Während alle Befragten der Lebenslagenstudie Gerulls an Einrichtungen der Diakonie angebunden waren (vgl. Gerull 2018, S. 6), hatten viele Teilnehmende unserer Studie eine wesentlich prekärere Lebenssituation, was sich in der hohen Anzahl von Personen widerspiegelt, die von Obdachlosigkeit betroffen waren (27,6 %) oder in Notunterkünften schliefen (23,8 %). Dass diese Personen in so großer Zahl an der Befragung teilgenommen haben, ist unseres Erachtens unserem partizipativen Ansatz und insbesondere dem Engagement der erfahrenen Forschungsmitglieder zu verdanken.

Die Ergebnisse bei der objektiven Lebenslage stellten sich folgendermaßen dar:

Objektive Lebenslage

	Anzahl	Prozente
Sehr schlechte objektive Lebenslage	5	5 %
Schlechte objektive Lebenslage	33	33 %
Mittlere objektive Lebenslage	38	38 %
Gute objektive Lebenslage	22	22 %
Sehr gute objektive Lebenslage	2	2 %
Gesamt	100	100 %

Betrachtet man lediglich die objektiven Fragen zur Lebenslage, findet eine klare Verschiebung zur Gesamtdarstellung statt. Die sehr schlechte Lebenslage verringert sich von 15 % auf 5 %, die gute Lebenslage steigt von 13 % auf 22 % an, die übrigen drei Kategorien bleiben nahezu konstant. Die unterdurchschnittliche Lebenslage überwiegt zwar immer noch, nach den objektiven Kriterien ist die Verteilung aber wesentlich ausgeglichener.

Die Ergebnisse bei der subjektiven Lebenslage stellten sich wie folgt dar:

Subjektive Lebenslage

	Anzahl	Prozente
Sehr schlechte subjektive Lebenslage	35	35 %
Schlechte subjektive Lebenslage	24	24 %
Mittlere subjektive Lebenslage	28	28 %
Gute subjektive Lebenslage	10	10 %
Sehr gute subjektive Lebenslage	3	3 %
Gesamt	100	100 %

Wird jedoch nur die eigene subjektive Wahrnehmung der Lebenssituation betrachtet, verschlechtern sich die Ergebnisse erheblich. Besorgniserregende 35 % der Befragten sind in einer sehr schlechten subjektiven Lebenslage, weitere 24 % in einer schlechten. Die unterdurchschnittliche subjektive Lebenslage von 59 % überragt die anderen beiden Bereiche sehr deutlich. So befinden sich 28 % der Befragten in einer mittleren subjektiven Lebenslage und lediglich 13 % in einer überdurchschnittlichen. Es ist also eine deutliche Diskrepanz zwischen den objektivierbaren Lebensumständen der Befragten und der eigenen Wahrnehmung dieser Umstände festzuhalten.

4.2 Mehrheitsverteilung Unterkunft

Bei der Erhebung gaben 48,1 % der Befragten an, dass sie in einer Einrichtung[7] der Wohnungslosenhilfe lebten. Bei der Frage, ob bei der Belegung der Zimmer die individuellen Wünsche der Bewohner*innen berücksichtigt werden, gaben lediglich 21,3 % der in einer Einrichtung untergebrachten Menschen an, dass auf ihre Wünsche eingegangen werde,

[7] In folgenden Einrichtungen wohnten bzw. übernachteten die Befragten zum Zeitpunkt der Erhebung: Notschlafstelle für Frauen (ab 18 Jahre) Vinnhorster Weg mit „Sleep in“, Notschlafstelle Alter Flughafen mit „Sleep in“, Werderstraße, Jugendwerkssiedlung e. V., Gemeinschaftsunterkunft Ahlemer Holz, Frauenwohnheim Hannover e. V., Notschlafstelle Wörthstraße mit „Sleep in“, Unterkunft Schulenburger Landstraße, Unterkunft Bachstraße, Kolpinghaus.

78,7 % verneinten diese Frage. Besonders überraschend für die Forschungsgruppe war, dass die fachliche Unterstützung der Sozialarbeitenden von nur 25,4 % der Befragten in Einrichtungen als *hilfreich* empfunden wurde. Auch scheint der Zugang zu den Sozialarbeitenden ausbaufähig zu sein. So gaben 9,5 % an, dass der Zugang zu den Sozialarbeitenden *eher nicht ausreichend* und sogar 27 % dieser Gruppe der Befragten gaben an, dass der Zugang *überhaupt nicht ausreichend* ist. Ebenso wurde an den Umgangsformen der Sozialarbeitenden Kritik geäußert. So sind zwar 46,7 % *zufrieden* oder *sehr zufrieden* mit den Umgangsformen, allerdings ist genau ein Drittel der in Einrichtungen untergebrachten Befragten *unzufrieden* oder *sehr unzufrieden* mit den Umgangsformen.

Zudem wurde nach der Zufriedenheit mit den Umgangsformen des Sicherheitspersonals gefragt. Dabei zeigte sich, dass 45,9 % der Befragten in Unterbringung *unzufrieden* oder *sehr unzufrieden* mit dem Umgang ist. Ungefähr ein Drittel, nämlich 31,1 %, gaben an *zufrieden* oder *sehr zufrieden* mit dem Umgang zu sein. Die Frage, ob weibliches Sicherheitspersonal in den Einrichtungen vorhanden ist, wurde von 71 % der in Einrichtungen untergebrachten Befragten verneint. Hieraus ist nicht direkt ersichtlich, ob Einrichtungen, in denen Frauen untergebracht sind, über rein männliches Sicherheitspersonal verfügen. Diese Vermutung wurde aber durch ein erfahrenes Forschungsmitglied bestätigt, das eine Zeit lang in der Notschlafstelle für Frauen im Vinnhorster Weg untergebracht war und dort lediglich männliches Sicherheitspersonal antraf. Daraus lässt sich ableiten, dass im Bereich der Wohnungslosenhilfe ein Mangel an weiblichem Sicherheitspersonal vorliegt.

Die in Einrichtungen untergebrachten Teilnehmenden wurden außerdem nach der Belegungsgröße ihrer Zimmer befragt. Hierbei gaben 90,3 % an, nicht in einem Einzelzimmer zu schlafen. Ein großer Teil der in Unterbringung befindlichen Menschen, nämlich 41,9 %, sei in einem Dreibettzimmer und sogar 21 % mit vier oder mehr Personen in einem Zimmer bzw. einem Schlafsaal untergebracht.

Auch verschiedene Aspekte der materiellen Infrastruktur wurden abgefragt. Hierbei ergaben die Antworten eine allgemeine große Unzufriedenheit mit der Ausstattung. Mit der Hygiene innerhalb der Einrichtungen waren 64 % der Befragten, die sich in Unterbringung befinden, *unzufrieden* oder *sehr unzufrieden*. Knapp die Hälfte, nämlich 49,2 % bemängelten die sanitären Einrichtungen und 56,4 % die Küchensituation. Mit der aktuellen Küchensituation waren sogar bemerkenswerte 40,3 % der in Einrichtungen untergebrachten Befragten *sehr unzufrieden*. Die allgemeine materielle Ausstattung wurde zudem von 47,6 % beanstandet

und exakt 50 % empfinden die Mitbestimmungsmöglichkeiten innerhalb der Einrichtung als unzureichend. Hier ist ebenfalls auffällig, dass 41,4 % der Befragten mit den Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Einrichtungen *sehr unzufrieden* sind. Es lässt sich also festhalten, dass auf allen abgefragten Ebenen (Personal, Ausstattung und Partizipationsmöglichkeiten) eine große Unzufriedenheit mit den gegebenen Unterkünften vorherrscht.
Die allgemeine Zufriedenheit mit den Einrichtungen stellt sich wie folgt dar:

Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit Ihrer Einrichtung?

	Anzahl	Prozente
Sehr zufrieden	5	8,3 %
Zufrieden	10	16,7 %
Mittel	22	36,7 %
Unzufrieden	7	11,7 %
Sehr unzufrieden	16	26,7 %
Gesamt	60	100 %

Demzufolge sind lediglich ein Viertel der Befragten, die sich in einer Einrichtung der Wohnungslosenhilfe befinden, *zufrieden* (16,7 %) bzw. *sehr zufrieden* (8,3 %) mit der Einrichtung, in der sie untergebracht sind, 36,7 % gaben den Grad ihrer Zufriedenheit mit mittelmäßig an und bei 38,4 % der Teilnehmenden in Unterbringung birgt die Zufriedenheit deutlichen Optimierungsbedarf: So sind hier 11,7 % *unzufrieden* und sogar 26,7 % gaben an *sehr unzufrieden* zu sein. Damit liegt der Anteil der Menschen in Unterbringung, die *sehr unzufrieden* sind höher, als der gesamte Anteil der Menschen, die *zufrieden* und *sehr zufrieden* sind.

5 Die Handeinträge

Die Betroffenen wurden im Fragebogen auch danach gefragt, warum Sie ggf. nicht in einer Einrichtung der Wohnungslosenhilfe leben bzw. übernachten würden. Die angegebenen Gründe wurden ausgewertet und von der Forschungsgruppe in drei Kategorien zusammengefasst: *Zustände in den Einrichtungen*, *Un-Informiertheit* und *Ruf der Einrichtungen*. Insgesamt gab es unter den Befragten 54 Menschen, die diese Frage

beantwortet haben. Eine Unterscheidung der Antworten in Bezug auf die verschiedenen Einrichtungen ist aufgrund der Fragestellung nicht möglich. An dieser Stelle sollen die Kategorien und mögliche Gründe für die Nichtinanspruchnahme anhand einiger Beispiele kurz umrissen werden.

Die erste Kategorie wurde von der Forschungsgruppe als *Zustände in den Einrichtungen* beschrieben. In dieser wurden diejenigen Gründe für die Nichtnutzung von Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe zusammengefasst, welche die Zustände in den Einrichtungen betreffen. Die große Mehrheit der Antworten wurden dieser Kategorie zugeordnet. Die Antwort „Privatsphäre ist in einer Massenunterkunft nicht möglich" zeigt auf, dass fehlende Privatsphäre für Betroffene ein Grund ist, nicht in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe zu schlafen. Außerdem wurde anhand einiger Antworten deutlich, dass „Gewalt", „Diebstahl" „Angst" und „Willkür" weitere triftige Gründe für die Befragten darstellen, die Einrichtungen zu meiden. Zudem gab es Angaben von den Befragten, welche die Zustände als „menschenunwürdig" beschreiben. Explizit wurde außerdem die „fehlende Hygiene" als Hinderungsgrund genannt. Die Antworten „1.300 Plätze für 5.000 Obdachlose" und „keinen Platz bekommen" legen die Vermutung nahe, dass ein weiterer Grund für die Nichtnutzung der Einrichtungen ein Mangel an Unterkunftsplätzen ist.

Die zweite vergebene Kategorie wurde mit *Un-Informiertheit* bezeichnet. Diese Kategorie fasst diejenigen Antworten zusammen, die aufzeigen, dass mangelnde Informationen der Grund für die Nichtinanspruchnahme von Einrichtungen ist. So wurden Antworten wie „keine gültigen Dokumente"[8] und „[weil] ich keine kenne" dieser Kategorie zugeschrieben.

Die dritte Kategorie wurde von der Forschungsgruppe mit *Ruf der Einrichtungen* beschrieben. Diese Kategorie beinhaltet Antworten, die darauf schließen lassen, dass der schlechte Ruf einer Einrichtung unter den Betroffenen der Grund ist, warum diese nicht besucht wird. Beispiele dafür sind die Antworten: „Nur schlechtes gehört!" oder „[weil] ich von den Zuständen gehört habe, betreffend Hygiene, Zimmer". Im Gegensatz zu den Antworten in der ersten Kategorie *Zustände in den Einrichtungen* kann hier davon ausgegangen werden, dass diese Menschen noch keine eigenen Erfahrungen in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe gemacht haben.

Grundsätzlich lässt sich anhand dieser Ergebnisse festhalten, dass es offenbar nicht wenige Gründe für die Befragten gibt, die Gefahren und widrigen Umstände eines Lebens auf der

[8] Zur Erklärung: Für die Nutzung der Notschlafstellen sind keine gültige Dokumente erforderlich.

Straße in Kauf zu nehmen, statt in einer Einrichtung der Wohnungslosenhilfe zu übernachten.

6 Hauptkomponentenanalysen

Aufgrund der Zweiteilung des Fragebogens in die Bereiche *Lebenslage* und *Zufriedenheit mit den Unterkünften* wurden zwei separate Hauptkomponentenanalysen mittels des Statistikprogramms SPSS 26.0 durchgeführt. Das Besondere an einer Hauptkomponentenanalyse ist, dass mithilfe des Statistikprogramms komplexe Zusammenhänge auf wenige Hauptkomponenten reduziert werden können. Diese Reduktion ist eine mathematische Berechnung und unterliegt daher nicht einer Interpretation der Forschungsgruppe. Lediglich die Benennung der Hauptkomponenten wurde von der Forschungsgruppe vorgenommen und so versucht, diese aus der Zusammensetzung der Hauptkomponenten heraus passend zu beschreiben.

6.1 Hauptkomponentenanalyse Lebenslage

Bei der Analyse der *Lebenslage* zeigten sich drei Hauptkomponenten[9], die von der Forschungsgruppe folgendermaßen benannt wurden:

1. Hauptkomponente: *Existenzielle Bedürfnisse*
2. Hauptkomponente: *Sicherheit*
3. Hauptkomponente: *Ressourcen*

6.1.1 Existenzielle Bedürfnisse

Dieser Hauptkomponente[10] wurden von dem Statistikprogramm alle sechs Fragen der subjektiven Lebenslage zugeordnet. Die Forschungsgruppe fasste sie unter der Bezeichnung *Existenzielle Bedürfnisse* zusammen, da zum einen alle existenziellen Bereiche des Lebens (Einkommen, Gesundheit, Sicherheit, Wohnen, Erwerb und soziales Umfeld) abgedeckt werden und sie sich zum anderen aus den subjektiven Empfindungen der Teilnehmenden, also ihren individuellen Bedürfnissen speisen. Die Analyse ergab, dass dieser Faktor den mit Abstand größten Einfluss auf die Lebenslage der Befragten hat. Dabei weist die Frage, ob sich die befragte Person alles für sie Wichtige von ihrem Einkommen leisten kann (r=0,741) und

[9] Das Maß der Stichprobeneignung ist nach dem Kaiser-Meyer-Olkin-Kriterium (KMO) 0,800 und somit ist die Stichprobe für eine Hauptkomponentenanalyse geeignet. Zudem ist der Bartlett-Test signifikant.
[10] Diese Hauptkomponente erklärt insgesamt 33,314 % der Gesamtvarianz.

wie es ihr gesundheitlich aktuell geht (r=0,739) den größten Einfluss auf die 1. Hauptkomponente auf.

6.1.2 Sicherheit

Dieser Hauptkomponente[11] wurden von dem Statistikprogramm die drei objektiven Fragen zu den Bereichen *Wohnen*, *Gesundheit* und *Sicherheit* zugeordnet. Hierbei scheint es um eine existenzielle Absicherung auf verschiedenen Ebenen zu gehen. Zum einen wird eine physische Absicherung gegen Witterungsumstände und körperliche Übergriffe durch die Frage nach der aktuellen Unterkunft thematisiert, zum anderen wird eine gesundheitliche Absicherung durch den tatsächlichen Zugang zur medizinischen Versorgung angesprochen. Des Weiteren wird durch diese Hauptkomponente der Zusammenhang zwischen der Anzahl der bedrohlichen Situationen, die eine Person erlebt hat, und der Art der Unterkunft, in der sie übernachtet bzw. wohnt, verdeutlicht.

6.1.3 Ressourcen

Die dritte Hauptkomponente[12] wurde von dem Statistikprogramm aus den beiden objektiven Fragen nach dem Grad der Verschuldung der befragten Person sowie der Größe ihres Unterstützer*innennetzwerkes gebildet. Die Ressourcen, über die eine Person in finanzieller und sozialer Hinsicht verfügt oder nicht verfügt, haben demnach ebenfalls einen signifikanten Einfluss auf die Lebenslage.

Den großen Einfluss der subjektiven Wahrnehmung der aktuellen Umstände von Betroffenen auf die Lebenslage gilt es an dieser Stelle erneut zu betonen. Die Ergebnisse der Analyse unterstreichen, dass eine Versteifung auf lediglich vermeintlich objektive Parameter nicht zielführend ist und zu einem verzerrten Ergebnis einer Erhebung führen kann. Aus dieser Hauptkomponentenanalyse wird folglich ersichtlich, dass die Lebenslage der Betroffenen in drei Bereichen verbessert werden kann. Bei der Verbesserung der *existenziellen Bedürfnisse* (1. Hauptkomponente) ist dabei die größte Veränderung der Lebenslage zu erwarten. Dennoch ist eine Versteifung auf allein diese Hauptkomponente nicht zielführend. Auch die Komponenten *Sicherheit* (2. Hauptkomponente) und *Ressourcen* (3. Hauptkomponente) sind dabei zu berücksichtigen.

---

[11] Diese Hauptkomponente erklärt insgesamt 11,567% der Gesamtvarianz.
[12] Diese Hauptkomponente erklärt insgesamt 10,899% der Gesamtvarianz.

6.2 Hauptkomponentenanalyse Unterkunft

Neben der Hauptkomponentenanalyse für die *Lebenslagen* wurde eine weitere Analyse für die *Zufriedenheit mit der Unterkunft* durchgeführt. Diese kann aufzeigen, welche der Komponenten den größten Einfluss auf die Zufriedenheit mit der Unterkunft haben. Bei der Analyse wurden zwei Hauptkomponenten errechnet[13], die von der Forschungsgruppe wie folgt beschrieben wurden:

1. Hauptkomponente: *Soziale Infrastruktur*
2. Hauptkomponente: *Materielle Infrastruktur*

6.2.1 Soziale Infrastruktur

Dieser Hauptkomponente[14] wurden von dem Statistikprogramm fünf Fragen zugeordnet, welche die Zufriedenheit der Teilnehmenden mit der zwischenmenschlichen Interaktion des Personals bzw. mit den Partizipationsmöglichkeiten innerhalb der Unterkünfte messen. Gefragt wurde nach den Umgangsformen der Sozialarbeitenden, deren Erreichbarkeit sowie der Qualität ihrer fachlichen Unterstützung. Des Weiteren wurde nach den Umgangsformen des Sicherheitspersonals sowie den allgemeinen Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bewohner*innen gefragt. Den größten Einfluss auf diese Hauptkomponente hatten die Fragen nach den Umgangsformen der Sozialarbeitenden (r=0.829) und des Sicherheitsdienstes (r=0,805).

6.2.2 Materielle Infrastruktur

Dieser Hauptkomponente[15] wurden von dem Statistikprogramm diejenigen Fragen zugeordnet, welche die materielle Ausstattung der Unterkünfte thematisieren. Die Teilnehmenden wurden gefragt, wie zufrieden bzw. unzufrieden sie mit den sanitären Einrichtungen, der Ausstattung der Küchen, der Hygiene und der allgemeinen Ausstattung sind. Zudem wurde die Belegungsgröße der Zimmer abgefragt. Die größte Gewichtung hatten hierbei die Ausstattung der sanitären Einrichtungen (r=0,833) und die der Küchen (r=0,820).

Auffallend, und auch für Teile der Forschungsgruppe durchaus überraschend, war bei dieser Analyse die Gewichtung zwischen den beiden Hauptkomponenten. Denn die Analyse ergab,

---

[13] Das Maß der Stichprobeneignung ist nach dem Kaiser-Meyer-Olkin-Kriterium (KMO) 0,764 und somit ist die Stichprobe für eine Hauptkomponentenanalyse geeignet. Außerdem ist der Bartlett-Test signifikant.

[14] Diese Hauptkomponente erklärt insgesamt 46,420% der Gesamtvarianz.

[15] Diese Hauptkomponente erklärt insgesamt 18,393% der Gesamtvarianz.

dass die soziale Infrastruktur einen wesentlich größeren Teil der Gesamtvarianz erklärt, als die materielle Infrastruktur.

Werden nun die Ergebnisse aus der Mehrheitsverteilung (siehe Kap. 4) herangezogen, so ist zu erkennen, dass gerade in den Unterkünften, aber auch bei den Lebenslagen eine Veränderung notwendig ist. Auf die Frage, wie diese Veränderung herbeigeführt werden soll, sind die vorgestellten Hauptkomponentenanalysen eine Orientierungsmöglichkeit, da sie aufzeigen, welche Bereiche besonderen Einfluss auf die Lebenslage oder die Zufriedenheit mit den Unterkünften haben.

7 Zusammenhänge zwischen Wohnform und Lebenslage

In unserer Erhebung wurden wohnungslose Menschen befragt, die sich in unterschiedlichen Formen der Unterbringung befinden und auch diejenigen ohne Unterbringung. Von den Befragten waren 27,6 % Menschen ohne jede Unterkunft, 23,8 % Menschen, die ordnungsrechtlichen Notunterkünften zugewiesen oder dort kurzfristig untergekommen sind sowie 48,6 % Menschen, die in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe untergebracht sind. In diesem Kapitel sollen zum einen die Lebenslagen der betroffenen Menschen dargelegt und zum anderen die Sichtweise der Betroffenen auf die (Schlaf-) Einrichtungen, die ihnen zur Verfügung stehen, erörtert werden.

Wie in der Darstellung der Mehrheitsverteilung (siehe Kap. 4.1) aufgezeigt wurde, weist unsere Stichprobe eine signifikant schlechtere Lebenslage auf, als es in der Vergleichsstudie der Forschungsgruppe um Susanne Gerull der Fall ist. Diese Tatsache ist auf den deutlich höheren Anteil an Menschen ohne jede Unterkunft in unserer Befragung zurückzuführen, welche eine signifikant schlechtere Lebenslage aufweisen. Eine Einteilung der Lebenslage nach Wohnsituation ergibt, dass der größte Teil der Menschen ohne jede Unterkunft eine sehr schlechte Lebenslage aufweist, nämlich 42,9 %. Zusammen mit den Menschen ohne Unterkunft in einer schlechten Lebenslage ergibt sich ein noch dramatischerer Wert von 82,2 %. Der Großteil von Menschen in Notunterkünften, nämlich 54,2 %, befindet sich in einer schlechten Lebenslage. Bei Menschen in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe weist der größte Teil von 56,3 % eine mittlere Lebenslage auf. Die hier deutlich werdenden Unterschiede in der Lebenslage, abhängig von der Wohnsituation, ergeben sich, wie im Folgenden dargestellt, aus den einzelnen Teilbereichen: Wohnen – Erwerbssituation – Finanzen – Gesundheit – Sicherheit – Soziales Netzwerk.

7.1 Wohnsituation

Mehr als die Hälfte der Befragten, nämlich 57,7 %, sind *gar nicht zufrieden* mit ihrer Wohnsituation. Bei Menschen ohne jede Unterkunft liegt dieser Anteil sogar bei 85,7 %. Bereits aus diesen Zahlen wird deutlich, dass das gern bemühte Klischee vom „romantischen Landstreicherleben" jeder Grundlage entbehrt. Vielmehr zeigt sich, dass die Situation in der derzeitigen Form nicht tragbar ist und es deutlicher Verbesserungen in der Unterbringungssituation bedarf[16]. Noch eindrücklicher wird dies bei der Betrachtung der übrigen Bereiche weiter unten. Ebenso wird an dieser Stelle deutlich, dass es nicht nur gilt Obdachlosigkeit zu bekämpfen, sondern es auch darum gehen muss, die Situation in den Notunterkünften und Wohnheimen zu verbessern, um eine höhere Akzeptanz unter den Betroffenen zu erreichen. Ziel muss es aber langfristig sein, ausreichend adäquaten Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Und so düster sich das derzeitige Bild auch zeichnen mag, lässt sich – positiv gewendet – auch die These aufstellen, dass die betroffenen Menschen nicht jeden Anspruch an eine Unterkunft verloren haben. Vielmehr kann die Unzufriedenheit Ausdruck davon sein, dass sie sich durchaus ein anderes, „besseres" Leben vorstellen können.

7.2 Erwerbssituation

Ein ähnliches Bild zeigt sich im Bereich der Zufriedenheit mit der Erwerbssituation. Demnach sind 52,5 % der Befragten *gar nicht zufrieden* mit ihrer Erwerbssituation. Bei Menschen ohne jede Unterkunft trifft dies auf 79,3 % zu, bei den Befragten in Notunterkünften liegt der Wert bei 50 %, in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe sind es immerhin noch 37,5 %.

Die Antwort „Ich schlage mich so durch (Flaschen sammeln, Schnorren etc.)" geben 86,2 % der Menschen ohne jede Unterkunft an. Verbunden mit der hohen Unzufriedenheit der Menschen im Bereich der Erwerbssituation zeigt sich auch hier, dass die weit verbreitete Meinung, das Leben ließe sich mit Betteln und Flaschen sammeln gut bestreiten, nicht den Tatsachen entspricht. Vielmehr wurde von den erfahrenen Forschungsmitgliedern hervorgehoben, dass derartige Tätigkeiten gesellschaftlich keinesfalls wertgeschätzt und die Menschen in unserer Leistungsgesellschaft über ihre Arbeit definiert werden. So bleibt den

[16] Diese Studie setzt sich an verschiedenen Stellen mit dringend notwendigen Umgestaltungen des städtischen Unterbringungssystems auseinander, weil wir davon ausgehen, dass zumindest kurzfristig keine ausreichende Versorgung mit bezahlbarem und adäquatem Wohnraum für alle zu rechnen ist und es daher bis dahin einer Umgestaltung des bestehenden Systems hin zu menschenwürdigeren Bedingungen bedarf. Grundlegend bleibt aber immer die notwendige Forderung nach adäquatem Wohnraum für alle Betroffenen!

Betroffenen, die sich auf diese Weise ihren Unterhalt verdienen, jedwede Anerkennung verwehrt.

7.3 Gesundheitliche Situation

Im Bereich Gesundheit gilt es festzuhalten, dass 41,9 % der Befragten nach eigenen Angaben unter einer Suchterkrankung leiden. Diese Problematik zieht sich durch alle Unterbringungsformen hindurch und scheint unabhängig von der Unterbringung zu sein. Ein Viertel der Befragten, die unter einer Suchterkrankung leiden, gab an, dass die Wohnungslosigkeit hierfür ursächlich ist. Knapp die Hälfte, nämlich 45,5 % sagte aus, dass sich die Suchtprobleme durch die Wohnungslosigkeit verschlimmert hätten. Hier ist anzunehmen, dass der eigentliche Anteil höher liegt, da tendenziell nicht oder weniger suchtbelastete Menschen an der Befragung teilgenommen haben. Ähnlich verhält es sich bei der Frage danach, ob gesundheitliche Probleme erst durch die Lebensumstände entstanden sind oder sich sogar verschlimmert haben.

Hieraus lässt sich schließen, dass Menschen, die wohnungslos oder obdachlos geworden sind, einem deutlich höheren Risiko ausgesetzt sind, mit gesundheitlichen Problemen konfrontiert zu werden. Im Auswertungsprozess wurde diskursiv herausgearbeitet, dass ein wichtiger Faktor hierbei die oft einseitige und mangelhafte Ernährung sein dürfte, auch wenn dies nicht explizit abgefragt wurde. So wurde von den erfahrenen Forschungsmitgliedern aufgezeigt, dass fehlende Koch- und Lagermöglichkeiten eine planvolle, ausgewogene und gesunde Ernährung quasi unmöglich machen und die Betroffenen auf Spenden und Fastfood angewiesen sind. Weitere Faktoren dürften Dauerstress, mangelnde Hygiene, chronischer Schlafmangel sowie die allgegenwärtige psychische Belastung sein. Die Forschungsgruppe hält diese Faktoren für extrem wichtig und kann sich hierzu eine weitere Forschung vorstellen.

Gut die Hälfte der befragten Menschen, nämlich 55,2 %, gab bei der Befragung an, dass sie keinen Zugang zur medizinischen Regelversorgung hätten, was die beschriebenen Probleme noch erheblich verschärft. Hinzu kommt, dass Menschen, die eigentlich Zugang zur Regelversorgung hätten, diese aus unterschiedlichen Gründen nicht in Anspruch nehmen können oder wollen. Als Gründe hierfür gaben 17,6 % an, sich zu schämen, 23,5 % gaben an, dass sie keine Rezeptgebühren zahlen wollen oder können und der mit 35,3 % größte Teil der Befragten sagte aus, dass sie bei Ärzt*innen nicht als Patient*innen angenommen

würden. Aus den Ergebnissen für den Bereich Gesundheit kann abgeleitet werden, dass lediglich rund ein Viertel, also 27,3 % der betroffenen Menschen tatsächlich Zugang zur Regelversorgung hat und diese auch in Anspruch nimmt.

7.4 Sicherheit

Im Bereich Sicherheit gaben 89,7 % der Menschen ohne jede Unterkunft an, bedrohliche Situationen innerhalb des letzten halben Jahres erlebt zu haben. Bei Menschen aus Notunterkünften sind dies 68 % und bei Menschen aus Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe 58,8 %. Diese Ergebnisse spiegeln sich auch bei der Frage nach der gefühlten Sicherheit wieder. Demnach gaben 79,3 % der Menschen ohne jede Unterkunft an, dass sie sich *unsicher* oder *sehr unsicher* fühlen. Bei Menschen aus Notunterkünften sind dies 64 % und bei Menschen aus Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe immerhin noch 31,4 %. Das zeigt, dass von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen einem sehr hohen Gewalt- und Bedrohungspotenzial ausgesetzt sind. Dieses um so drastischer, je prekärer die jeweiligen Lebensumstände sind. Die große Diskrepanz zwischen Menschen aus Notunterkünften und Menschen aus Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe in diesem Bereich lässt sich u. a. damit erklären, dass Menschen tagsüber die Notunterkünfte verlassen müssen und auf den öffentlichen Raum verwiesen werden. Wenig überraschend stellt sich die Situation für Menschen ohne jede Unterkunft besonders unerträglich dar. Die außerordentliche Betroffenheit dieser Gruppe von Befragten äußert sich nicht zuletzt in der Qualität der gemachten Erfahrungen innerhalb der letzten sechs Monate, die von Diebstahl bei 46,2 %, über physische Gewalt bei 61,5 % bis hin zu erlebten Tötungsversuchen bei 23,1 % dieses Teils der Befragten reichen.

Diese Ergebnisse zeigen, dass die Lebenslage der Menschen in sehr hohem Grad von der Form der Unterbringung abhängt. Zudem ist auffällig, dass Menschen ohne jede Unterkunft besonders betroffen sind. Die objektive Lebenslage erscheint hierbei besser, als die subjektive Einschätzung der Betroffenen, wobei letztere aber gerade von den erfahrenen Forschungsmitgliedern als besonders aussagekräftig erachtet wurde. Hieraus ist zu schlussfolgern, dass es zur Verbesserung der Lebenslage unabdingbar ist, insbesondere solche Maßnahmen zu ergreifen, die auf eine Verbesserung der Zufriedenheit in den unterschiedlichen Bereichen abzielen.

8 Fazit und Forderungen

1. **Wohnen ist ein Grundbedürfnis! Zentrales Ergebnis dieser Studie ist, dass es ein Grundrecht auf Wohnen geben muss. Ein eigenes, durch einen Mietvertrag abgesichertes Wohnverhältnis bildet die Grundlage dafür, ein selbstbestimmtes, menschenwürdiges Leben nach eigenen Vorstellungen leben zu können. Die Kommune ist gefordert, ausreichend adäquaten Wohnraum zur Verfügung zu stellen und flächendeckend ein wirksames Präventionsinstrumentarium gegen Wohnungsverlust auszubauen.**

Die Studie zeigt, dass ein Leben in Wohnungs- bzw. Obdachlosigkeit eklatante Auswirkungen auf die Lebensqualität in allen Lebensbereichen hat. Fast 70 % der Befragten sind *unzufrieden* bzw. *sehr unzufrieden* mit ihrer Wohnsituation und haben keine oder keine ausreichende Privatsphäre. Jeweils etwa 40 % der Befragten gaben an, dass es ihnen gesundheitlich *schlecht* bzw. *sehr schlecht* geht und dass die gesundheitlichen Probleme unmittelbare negative Auswirkungen auf das alltägliche Leben haben. Knapp 60 % gaben an, dass die Wohnungs- bzw. Obdachlosigkeit für die gesundheitlichen Probleme ursächlich ist oder sie sich durch diese verschlimmert haben. Ebenso desaströs ist das Sicherheitsgefühl der Betroffenen. So gut wie alle Befragten erlebten innerhalb der letzten sechs Monate im Alltag bedrohliche Situationen, wobei die Spanne von herablassendem Verhalten (knapp 70 %) bis hin zu Erfahrungen von versuchter Tötung (knapp 15 %) reicht.

Diese unhaltbaren Zustände spiegeln sich wider in insgesamt menschenunwürdigen Lebenslagen. Dies nicht nur bei Menschen ohne Unterkunft, sondern auch bei Menschen in unterschiedlichen Unterbringungsformen, wobei eine Abstufung nach ordnungsrechtlicher Unterbringung und solcher nach §§ 67 ff SGB XII ersichtlich ist.

Um Menschen erst gar nicht in eine derartige Lage kommen zu lassen, bedarf es eines flächendeckenden, dezentralen und niedrigschwelligen Präventionskonzeptes, das nicht erst dann greift, wenn Kündigungen oder gar Räumungen bereits beschlossen sind. Hierzu bedarf es einer besseren Vernetzung bzw. Zusammenlegung der involvierten Behörden (Bauamt, Sozialamt, Fachbereich Unterbringung und weitere Agierende, wie Gerichte und Gerichtsvollzieher*innen aber auch Vermieter*innen) sowie bedarfsgerechtere und transparente Beratungsangebote der freien Träger. Insbesondere auf administrativer Ebene müssen die Kompetenzen unter Federführung des Fachbereichs Soziales zusammengelegt werden und so etwas wie ein "Wohnungssicherungsamt" entstehen, um hier Reibungsverluste bestmöglich zu vermeiden. Jede gerettete Wohnung zählt, insbesondere unter den derzeit gegebenen Bedingungen auf dem Wohnungsmarkt.

2. **Aus Unterbringung muss „Wohnen“ werden! Da es auch künftig Wohnungsnotfälle geben wird, bedarf es eines radikalen Wandels des bisherigen Auffangs- bzw. Unterbringungssystems. Zur Herstellung menschenwürdiger, hilfreicher und akzeptabler Lebensverhältnisse für Betroffene bedarf es eines zweigliedrigen Systems aus Notunterkünften und ausdifferenzierten Unterbringungsangeboten.**
   Notunterkünfte dürfen tatsächlich nur für Notfälle da sein und nicht zu Verwahranstalten mutieren. Zudem müssen Unterbringungen den Menschen zeitnah eine Perspektive in ein eigenes, abgesichertes Wohnverhältnis bieten.

Die Studie beweist, dass eine große Unzufriedenheit mit den gegebenen Unterkünften herrscht. Knapp 40 % der Befragten gaben an, dass sie *unzufrieden* bzw. *sehr unzufrieden* mit „ihrer“ Unterbringung sind, was die Akzeptanzprobleme der Einrichtungen belegt. Je prekärer die Unterbringung ist, desto größer ist diese Unzufriedenheit.

Notunterkunft

Notunterkünfte schneiden in der Wahrnehmung der Betroffenen besonders schlecht ab. Vom ersten Moment an muss es den Menschen ermöglicht werden, sich konstruktiv und zielführend mit ihrer Situation auseinander zu setzen, um einer Verfestigung der schlechten Lebenslage entgegenzuwirken. Hierzu bedarf es einer konsequenten Einzelunterbringung der Menschen, die sie ganztägig nutzen können. Aktuell haben lediglich knapp 10 % der befragten Menschen eine Einzelunterbringung, gut 70 % der Befragten sind zu dritt oder mit noch mehr Menschen untergebracht, was eine Privatsphäre unmöglich macht. Zudem brauchen Menschen direkten Zugang zur Sozialen Arbeit, um ein individuelles „Clearing“ der Situation zu ermöglichen, Ansprüche zu klären sowie Ausweise etc. zu beschaffen. Die Formel für Notunterkünfte muss lauten: „So kurz wie möglich und so lang wie nötig.“ Nach Klärung der Situation muss den Menschen unmittelbar eine bedarfsgerechte Unterbringung ermöglicht werden, damit eine weitere Stabilisierung erreicht werden kann.

Unterbringung

Unterbringungen können dieser Studie zufolge ebenfalls nur eine Übergangslösung sein. Die Kommune ist hier in der Pflicht, Anschlussmöglichkeiten in Form von bedarfsgerechtem Wohnraum zur Verfügung zu stellen, damit die Angebote von den Betroffenen auch angenommen werden können.

Bereits in diesen Unterkünften muss ein mietvertraglich abgesichertes Wohnverhältnis realisiert werden, um den Menschen ein gewisses Maß an Sicherheit zu bieten. Eine Einzelunterbringung muss obligatorisch sein, um ein Mindestmaß an Privatsphäre und

Sicherheit zu gewährleisten. Eine ausreichende materielle Ausstattung insbesondere der Sanitäranlagen und dem Zugang zu Kochmöglichkeiten ist zudem elementar. Rund 50 % der Befragten sind mit den gegebenen Umständen *unzufrieden* bzw. *sehr unzufrieden*. Haustiere zu halten sollte außerdem möglich sein, da diese für viele Betroffene einen wichtigen Ankerpunkt darstellen können.

Im Sinne einer möglichst selbstbestimmten Lebensführung muss den Menschen die Verfügung über ihr eigenes Geld garantiert sein. Die Einteilung von „Taschengeld" darf nur im Einzelfall und auf Wunsch erfolgen. Oberstes Ziel sollte immer die Unabhängigkeit der Menschen sein.

Die Hälfte der Befragten ist zudem *unzufrieden* bzw. *sehr unzufrieden* mit den Möglichkeiten der Mitbestimmung in den Einrichtungen. Hier gilt es Beteiligungsformate zu entwickeln, die den Menschen reale Entscheidungskompetenzen für ihre Belange ermöglichen. Denkbar ist hier die Installation von „Beiräten" mit Entscheidungskompetenzen für die Abläufe in den Einrichtungen. Ein Qualitätssicherungsmanagement muss zudem der Standard sein. Dieses muss unabhängig sein und Nutzende mit eingebunden werden. Zudem ist eine klare Transparenz über die Rechte und Pflichten der Einrichtungsbetreiber zu schaffen.

Die Hauptkomponentenanalyse hat außerdem ergeben, dass die soziale Infrastruktur um ein dreifaches wichtiger ist, als die materielle Ausstattung der Einrichtungen, um eine Zufriedenheit der Betroffenen mit diesen zu erreichen. Lediglich knapp 40 % der Befragten beschreiben den Zugang zur Sozialen Arbeit als *ausreichend*. Knapp 50 % der Menschen empfinden die fachliche Unterstützung als *nicht hilfreich*.

Dies deutet darauf hin, dass es zum einen dringend einen besseren Zugang zur Sozialen Arbeit geben und sich diese zum anderen in ihren Kompetenzen weiterentwickeln muss. Einerseits auf fachlicher Ebene und andererseits in ihrer Haltung, die den Menschen als Individuum ernst nehmen muss und seine individuellen Bedarfe als Arbeitsgrundlage nimmt. Auf diesem Wege fühlen sich die Menschen ernst genommen und nicht bevormundet oder „klein gemacht". Hier sind sowohl die Träger als auch die Hochschulen im Bereich der Ausbildung und Forschung in der Pflicht.

Ein zweiter, wichtiger Teil der sozialen Infrastruktur ist der Sicherheitsdienst in den Einrichtungen. Knapp die Hälfte der Befragten ist *unzufrieden* bzw. *sehr unzufrieden* mit den Umgangsformen des Sicherheitsdienstes in „ihren" Einrichtungen. Hier bedarf es gewisser, verbindlicher Ausbildungsstandards. Das Sicherheitspersonal muss auf die besonderen

Lebenslagen der Betroffenen hin sensibilisiert werden. Zudem muss eine Sprachkompetenz entsprechend den Bewohner*innen gewährleistet sein. Nicht zuletzt müssen die Zuständigkeiten klar und transparent kommuniziert werden, um gar nicht erst das Gefühl einer willkürlichen Behandlung aufkommen zu lassen. Auffallend in dieser Studie ist, dass gut 70 % der Befragten keinen weiblichen Sicherheitsdienst in ihrer Einrichtung haben. Insbesondere in Frauenunterkünften ist dies völlig untragbar, da viele der betroffenen Frauen durch Gewalterfahrungen traumatisiert sind. In Frauenunterkünften sollte demnach also auch ausschließlich weibliches Sicherheitspersonal eingesetzt werden. Aber auch in Männerunterkünften könnten – den Erlebnissen einiger erfahrener Forschungsmitglieder zufolge – geschlechtlich gemischte Teams zu einer deutlichen Verbesserung des Klimas führen.

3. **Eine Erwerbstätigkeit ermöglicht Menschen erst eine eigene und gesellschaftliche Anerkennung, steigert das Selbstwertgefühl und stiftet eine „sinnvolle“ Tagesstruktur. Mit einer menschenwürdigen Unterbringung einhergehend muss den betroffenen Menschen auch eine Eingliederung ins Erwerbsleben ermöglicht werden.**

Deutlich über die Hälfte der befragten Menschen gibt bei der Frage nach der Erwerbstätigkeit an „Ich schlage mich so durch (Flaschen sammeln, Schnorren etc.)“. Ebenfalls über die Hälfte der Befragten gab zudem an, mit ihrer Erwerbssituation *gar nicht zufrieden* zu sein. Da für viele der Zugang zum ersten Arbeitsmarkt ohne eigene Wohnung und/oder aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen verwehrt bleibt, ist es geboten Möglichkeiten auf dem zweiten Arbeitsmarkt zu eröffnen. Das Ehrenamt muss insbesondere im Bereich der Wohnungslosenhilfe gestärkt werden und eine angemessene Bezahlung für derartige Tätigkeiten gewährleistet sein. Potenzial hierzu gibt es vielfältig innerhalb des Hilfesystems, in dem Betroffene Aufgaben und Verantwortlichkeiten übernehmen können. Wichtig wäre darüber hinaus aber auch die Schaffung von Anschlussperspektiven in den Sozialraum, um den Menschen die Möglichkeit zu geben Anknüpfungspunkte an die sogenannte „Mehrheitsgesellschaft“ zu finden. Auf diesem Wege können sich die Menschen wieder an den ersten Arbeitsmarkt annähern.

4. **Wohnungs- und Obdachlosigkeit sind gefährlich! Ein Gefühl von Sicherheit ist elementar für die psychische Konstitution und körperliche Gesundheit und kann nur durch eine menschenwürdige Unterbringung gewährleistet werden. Dies untermauert die Forderung nach einer Einzelunterbringung, um den Gefahren der Straße oder denen in Sammelunterkünften entgehen zu können.**

Rund 70 % der Befragten gaben an, dass sie in den letzten sechs Monaten mehr oder weniger regelmäßig bedrohliche Situationen erlebt hätten, rund 20 %, dass dies sogar wöchentlich geschieht. Gut 50 % der Befragten berichten, dass sie sich *unsicher* bzw. *sehr unsicher* in ihrer gegenwärtigen Situation fühlen. Neben der bloßen Unterbringung ist es essenziell, die Sicherheitsorgane für die besonderen Lebenslagen der Betroffenen zu sensibilisieren und sie zu Partnern werden zu lassen, damit sie nicht als weitere Bedrohung in ihrem Alltag erscheinen. Rund 20 % der Befragten gaben zudem an, dass ihnen ihre „Platte" geräumt wurde, was de facto einem Existenzverlust gleichkommt. Hier gilt es im Vorfeld zu Lösungen zu kommen. Unseres Erachtens sollten hier Betroffene mit einbezogen und ein „Platten-Management" installiert werden. Die Plattenmanager*innen könnten vermittelnd einwirken und für mehr Verständnis in alle Richtungen sorgen. Denkbar wären hier z. B. ehemals obdachlose Menschen, die im Diskurs entsprechende Umgangsformen aushandeln und vermitteln.

5. **Wohnungs- und Obdachlosigkeit macht krank! Eine bessere gesundheitliche (Vor-)sorge ist unbedingt notwendig. Körperliche und seelische Unversehrtheit ist ein hohes Gut und gilt gewährleistet zu werden. Von Obdach- und Wohnungslosigkeit betroffene Menschen brauchen uneingeschränkten Zugang zum Regelsystem bzw. ein bestmögliches niedrigschwelliges Versorgungsangebot, gerade auch für hier lebende Menschen ohne Leistungsansprüche.**

Stigmatisierung und Scham sind im gesundheitlichen Bereich häufig eine zu hohe Hürde. Rund 35 % der Befragten gaben an, dass sie nicht als Patient*in bei Ärzt*innen angenommen werden, obwohl sie Zugang zum Regelsystem hätten und knapp 18 % der Betroffenen schämen sich zu sehr, um die Regelversorgung in Anspruch zu nehmen.

Diese Fremd- und Selbststigmatisierung gilt es zu überwinden. Im diskursiven Prozess mit der Forschungsgruppe wurde die Idee geboren, ein soziales Siegel zu entwickeln, welches Ärzt*innen auszeichnet, die ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden. Zudem ist eine enge Kooperation mit der Ärztekammer notwendig, um einen leichteren Zugang zu vorhandenen Beschwerdestellen zu ermöglichen. Unabhängig davon sind die bestehenden Infrastrukturen besser auszubauen, um auch für Menschen ohne Krankenversicherung eine angemessene Gesundheitsversorgung – über eine Notfallversorgung hinaus – gewährleisten zu können. Zudem bedarf es eines Ausbaus des Angebots von Krankenwohnungen. Viele Menschen mit schwersten Belastungen bekommen keinen Platz, weil es kein ausreichendes Angebot gibt. Dies zeigt sich auch bei den knapp 60 % der Befragten, die angaben, dass die

Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit ursächlich für ihre gesundheitlichen Probleme ist oder diese sich durch die Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit verschlechtert haben.
Gut 40 % der befragten Menschen gaben an, dass sie unter einer Suchterkrankung leiden. Knapp 70 % hiervon sagen, dass ihre derzeitige Situation ursächlich dafür ist bzw. sich durch diese verschlimmert hat. Diese dramatischen Zahlen belegen, dass es hier einen extremen Handlungsbedarf gibt, wenn körperliche und seelische Unversehrtheit gewährleistet werden soll. Der wichtigste erste Schritt ist aber auch hier zunächst eine menschenwürdige Unterbringung.
Ebenfalls im diskursiven Prozess der Forschungsgruppe rückte die Ernährung aus der Perspektive der erfahrenen Forschungsmitglieder in den Fokus. Diese dürfte im Bereich Gesundheit eine gewichtige Rolle spielen. Kühl- und Lagermöglichkeiten sind zumeist nicht vorhanden und der Zugang zu Kochmöglichkeiten ist in der Regel sehr eingeschränkt. Diese umfassenden Beschränkungen machen die Anerkennung eines Mehrbedarfes für Ernährung bei Transferleistungen notwendig.
Zudem muss ein besserer Zugang zu Kochmöglichkeiten geschaffen werden, etwa in Form von dezentral erreichbaren „Selbstküchen". Neben der gesundheitlichen und sozialen Komponente derartiger Möglichkeiten, böte sich dort auch die Gelegenheit, dass betroffene Menschen Unterstützung bekommen könnten. So würden sie bei Bedarf Impulse erhalten, wie sie sich trotz erschwerter Bedingungen vollwertig und gesund ernähren können.

6. **Wohnungs- und Obdachlosigkeit stigmatisiert! In sämtlichen in der Studie erhobenen Bereichen zeigt sich die Stigmatisierung von wohnungs- bzw. obdachlosen Menschen als belastend für das subjektive Empfinden der jeweiligen Lebenslage. Ernsthafter Destigmatisierungsarbeit bedarf es daher auf vielfältigen Ebenen. Angefangen bei der sogenannten „Mehrheitsbevölkerung", über die Sicherheitsorgane, das Gesundheitssystem, den Umgang in Ämtern bis hin zu Begrifflichkeiten in Gesetzen, Verordnungen und Ausführungsbestimmungen.**

Das Bild von Wohnungs- bzw. Obdachlosen in der Gesellschaft zu verändern, bedarf großer Anstrengungen und ist nur in langwierigen Prozessen zu erreichen. Wie in der Hauptkomponentenanalyse der Fragen zu den Lebenslagen festgestellt wurde, spielt insbesondere die subjektive Einschätzung die wichtigste Rolle für die Betroffenen. So muss hier der Hebel angesetzt werden. Zuständige Stellen in der Verwaltung wie auch Sicherheitsorgane müssen sensibilisiert werden für die besonderen Belange und Lebenslagen der betroffenen Menschen.

Wenn in Gesetzen, Verordnungen und Ausführungsbestimmungen noch immer nationalsozialistisches und menschenverachtendes Vokabular verwendet wird, wie „der Nichtsesshafte“ oder auch „der Charakter- oder Willensschwache“ führt das zwangsläufig zu einer Stigmatisierung und einem unerträglichen „klein machen“ aus Perspektive der Betroffenen. Ebenso zeigt die hohe Unzufriedenheit mit der Wohnsituation von knapp 70 % der Befragten, dass das Bild vom „romantischen Landstreicherleben“, das durch „Lustgetriebenheit“, „Faulheit“ und einen „Wandertrieb“ gezeichnet wird, endlich aus den Köpfen der Allgemeinheit verschwinden muss. Dies ist nur durch eine intensive und fortwährende Aufklärungsarbeit in allen Lebensbereichen möglich. Entsprechende Formate sind hierzu zu entwickeln. Im Abschlussbericht dieser Studie wird insbesondere auf den Bereich der Stigmatisierung noch weiter eingegangen.

So bleibt uns noch zu sagen, dass die Lösung all der beschriebenen Probleme nur unter Einbeziehung aller Beteiligten zu bewerkstelligen ist, also gerade auch unter Einbeziehung der Betroffenen selbst.

Wie der Forschungsprozess gezeigt hat, führt die konsequente Berücksichtigung und Einbeziehung der Betroffenenperspektive nicht nur zu besonderen Ergebnissen, sondern auch zu besonderen Wirkungen bei allen beteiligten Forschungsmitgliedern. Diese Herangehensweise sollte übertragen werden auf die konkreten Planungen in zukünftigen Projekten des Hilfesystems. Der höhere Arbeits- und Zeitaufwand darf hierbei nicht abschrecken, denn die bedarfsgerechteren und lebensnäheren Ergebnisse rechtfertigen diesen allemal.

Es wurde gesagt, es geht nicht, und dann kamen welche und haben es einfach gemacht.

Literatur

BAGW (2018): Zahl der Wohnungslosen. Wohnungslosigkeit: Kein Ende in Sicht. Hg. V. BAGW. Online verfügbar unter: https://www.bagw.de/de/themen/zahl_der_wohnungslosen/.

Bühl, Achim/ Zöfel, Peter (2000): SPSS Version 9. Einführung in die moderne Datenanalyse unter Windows, (6., überarb. Aufl.). München: Addison-Wesley

Gerull, Susanne (2018): 1. Systematische Lebenslagenuntersuchung wohnungsloser Menschen. Online verfügbar unter: https://www.ebet-ev.de/nachrichten-leser/erste-systematische-untersuchung-der-lebenslagen-wohnungsloser-menschen.html?file=files/EBET/Nachrichten/2018/ASH%2BEBET_Lebenslagenuntersuchung_2018.pdf

Hannover (2019): Sitzung Stadtbezirksrat Mitte am 16.09.2019 Online Verfügbar unter: https://e-government.hannover-stadt.de/lhhsimwebre.nsf/TM/20190916_STBR01. Zuletzt abgerufen: 19.08.2020, 17 Uhr.

HAZ (2019): Hannover startet Winternotprogramm für Obdachlose. Online verfügbar unter: https://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Hannover-startet-Winternotprogramm-fuer-Obdachlose. Zuletzt abgerufen: 19.08.2020, 19 Uhr.

Lerchster, Ruth E. (2012): Zentrale Grundannahmen der Interventionsforschung. In: Larissa Krainer und Ruth E. Lerchster (HG.): Paradigmen, Methoden, Reflexionen. Wiesbaden: Springer VS (Interventionsforschung, Bd. 1). S. 23-73.

Unger (2014): Partizipative Forschung: Springer Fachmedien Wiesbaden.